



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE 1. SITZUNG DES GEMEINDERATES ÖFFENTLICHER SITZUNGSTEIL

Sitzungsdatum:	Dienstag, 13.01.2026
Beginn:	19:30 Uhr
Ende	21:40 Uhr
Ort:	im Sitzungssaal des Rathauses Eußenheim

ANWESENHEITSLISTE

Erster Bürgermeister

Achim Höfling

Mitglieder des Gemeinderates

Sabine Adelman
Markus Bähr Zweiter Bürgermeister
Mathias Binner
Nico Harde
Peter Heun
Florian Hoßmann
Ludwig Keller
Susanne Keller Dritte Bürgermeisterin
Holger König
Daniel Lambrecht
Thomas Obert
Thomas Reitz
Juliane Scheuner
Martina Utsch
Klaus Weidner

Ortssprecher

Georg Niklaus
Michael Sauer

Schriftführerin

Thalia Dangel

Verwaltung

Sebastian Heun

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Gemeinderates

Marco Zankl	entschuldigt
-------------	--------------

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Sitzungsteil

1. Anerkennung der Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 16.12.2025
2. Information und Beratung über die Ergebnisse der Kommunalen Wärmeplanung
3. Beratung und Beschluss über den Bauantrag zum Umbau und Sanierung eines Wohnhauses, sowie Errichtung einer Doppelgarage auf dem Grundstück Fl.Nr. 3904, "Gartenweg 8" in Eußenheim
4. Information und Beratung über die Ergebnisse der Kamera-Kanalbefahrung in Obersfeld
5. Information, Beratung und Beschluss über die Anschlagtafeln und Schaukästen im Gemeindegebiet sowie die Anschaffung eines digitalen Infoterminals
6. Informationen aus der Verwaltung
7. Verschiedenes

Erster Bürgermeister Achim Höfling eröffnete um 19:30 Uhr die 1. Sitzung des Gemeinderates, begrüßte alle Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Die Tagesordnung (öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzungsteil) wurde einstimmig angenommen. Die Gemeinderatssitzung endete mit einem nichtöffentlichen Sitzungsteil.

ÖFFENTLICHER SITZUNGSTEIL

1 Anerkennung der Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 16.12.2025

Über das Ratsinformationssystem wurde dem Gemeinderat die Niederschrift der Gemeinderatssitzung vom 16.12.2025 zur Kenntnisnahme freigegeben. Gemeinderat Nico Harde bat um eine Ergänzung beim Tagesordnungspunkt 5 „Beratung über die verkehrsbezogenen Anliegen aus den Bürgerversammlungen“. Die Änderung wurde eingefügt. Ansonsten war der Gemeinderat mit dem Protokoll der letzten Sitzung einverstanden.

2 Information und Beratung über die Ergebnisse der Kommunalen Wärmeplanung

Mit dem Wärmeplanungsgesetz, das am 01.01.2024 in Kraft trat, verpflichtete der Bundestag die Kommunen eine Kommunale Wärmeplanung durchzuführen. Ziel ist es herauszufinden, wo zukünftig welche Wärmeversorgung sinnvoll ist. Die Gemeinde Eußenheim beauftragte daraufhin das Institut für Energietechnik (IfE) aus Amberg mit der Erarbeitung der Kommunalen Wärmeplanung.

Frau Anna Fuhge vom IfE erläuterte in der Sitzung die Ergebnisse der Untersuchung: Sie schilderte, dass zuerst eine eingehende Grundlagenermittlung vorgenommen wurde, bei der örtliche Unternehmen, die Gemeinde, Gebäudeeigentümer, Energieversorgungsunternehmen, Gebäudenetzbetreiber, das Landesamt für Statistik (für Kehrbuschdaten) usw. beteiligt waren. Dabei hat sich herausgestellt, dass in Eußenheim aktuell rund 31 % der Wärmeenergie aus regenerativen Energiequellen (v.a. Holz) gedeckt wird. Wichtigster Wärmeträger ist Heizöl mit einem Anteil von 59 %.

Zukünftige Energieeinsparpotentiale gäbe es vor allem durch Gebäudesanierungen. Grüne Gase bzw. Wasserstoff sind aufgrund der fehlenden Gasnetzinfrastruktur keine Option. Das lokal verfügbare Holz als nachwachsender Rohstoff reicht vermutlich nicht, um Öl und Gas zukünftig zu ersetzen.

Die Untersuchung aller Ortsteile auf die Eignung für ein Wärmenetz ergab folgendes: Aufgrund der Siedlungsstruktur in der Gemeinde erscheint unter den aktuellen Rahmenbedingungen die Etablierung von Wärmenetzen nicht zielführend. Günstige Wärmequellen wie Abwärme aus Industrieprozessen oder Biogasanlagen, die sich positiv auf die Wärmenetzeignung auswirken könnten, gibt es nicht. Als Ergebnis werden alle Teilgebiete der Gemeinde als Gebiete für die dezentrale Wärmeversorgung deklariert. Die Errichtung kleinerer Netzverbünde (z. B. wenn sich mehrere benachbarte Gebäude zu einem Wärmeverbund zusammenschließen) ist deswegen natürlich nicht ausgeschlossen. Nach dem Sprachgebrauch in der Wärmeplanung ist ohnehin erst bei 17 angeschlossenen Objekten von einem Wärmenetz die Rede.

Mit der erarbeiteten Wärmeplanung und anschließenden Veröffentlichung erfüllt die Gemeinde Eußenheim die Verpflichtung nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 Wärmeplanungsgesetz (WPG), wonach Gemeinden mit bis zu 100.000 Einwohner bis spätestens 30. Juni 2028 einen kommunalen Wärmeplan erstellen müssen. Der Wärmeplan für sich betrachtet entfaltet keine unmittelbare Außenwirkung und begründet keine einklagbaren Rechte oder Pflichten (§ 23 Abs. 4 WPG), sodass dieser zunächst nur als Orientierungshilfe für die Bürger bzw. Hauseigentümer zu sehen ist.

Ortssprecher Michael Sauer fragte nach, warum in der Präsentation Strom und Umweltwärme separat voneinander aufgeführt wurden, obwohl eine Wärmepumpe mit Strom betrieben wird. Frau Fuhge erklärte, dass eine Wärmepumpe rund zwei Drittel ihrer Energie aus der Umwelt aufnimmt, und ein Drittel aus dem Stromnetz.

Das Ergebnis der Kommunalen Wärmeplanung für die Gemeinde Eußenheim wurde auf folgender Webseite veröffentlicht:

<https://www.energieplanung.online/eussenheim/kommunale-waermeplanung>

3 Beratung und Beschluss über den Bauantrag zum Umbau und Sanierung eines Wohnhauses, sowie Errichtung einer Doppelgarage auf dem Grundstück Fl.Nr. 3904, "Gartenweg 8" in Eußenheim

Die Eigentümer des Grundstücks Fl.Nr. 3904 („Gartenweg 8“) in Eußenheim planen den Umbau und die Sanierung des dortigen Wohnhauses, sowie die Errichtung einer Doppelgarage auf dem Grundstück. Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des Bebauungsplans „Bahnhofsiedlung“.

Es werden zwei Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplans beantragt:

1. Die Garage wird die Baugrenze überschreiten.
2. Die Garage soll ein Pultdach, statt eines Satteldaches erhalten, damit es gegenüber dem Wohngebäude untergeordnet erscheint.

Alle anderen Vorgaben des Bebauungsplans werden eingehalten. Die Nachbarn haben dem Vorhaben zugestimmt.

Gemeinderat Peter Heun fragte nach, ob das von Daniel Köhler geplante Bauvorhaben im Gebrüder-Walther-Weg in Eußenheim nun hinfällig ist. Herr Köhler war in der Sitzung anwesend und verneinte die Frage.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt für den Bauantrag der Eigentümer des Grundstücks Fl.Nr. 3904 („Gartenweg 8“) in Eußenheim auf Umbau und Sanierung eines Wohnhauses, sowie Errichtung einer Doppelgarage mit den beantragten Befreiungen.

Einstimmig beschlossen

Ja 16 Nein 0

4 Information und Beratung über die Ergebnisse der Kamera-Kanalbefahrung in Obersfeld

Von 2023 bis 2025 befuhr die Fa. Kanal Türpe aus Gerolzhofen das gesamte Kanalsystem von Obersfeld mit Kameras. Sie befuhr 4,9 km Mischwasserkanäle, 0,5 km Regenwasserkanäle und Bachverrohrungen sowie 1,8 km Anschlussleitungen von privaten Grundstücken und begutachteten 161 Kanalschächte. Die Auswertung dieser Befahrung durch das IB Köhl liegt nun vor.

Der zusammenfassende Zustandsbericht zeigt, dass – ähnlich wie in Eußenheim – der Sanierungsbedarf in Obersfeld groß ist. 34 % der Kanäle und 18 % der Anschlussleitungen sind in schlechtem Zustand. Nur 30 % der Kanäle und 42 % der Anschlussleitungen sind in gutem Zustand. Grundsätzlich sind die Rohre in einem schlechten Zustand, da es sich meist um Betonrohre aus den 1950er- bis 70er-Jahren handelt. Es ist fließendes, teils spritzendes Fremdwasser vor allem im Brunnwiesenweg, in der Schustergasse, Raiffeisen- und Wintertalstraße vorhanden. Erfreulich ist, dass nur 5 % der Schächte in einem schlechten Zustand sind.

Das IB Köhl empfiehlt in den nächsten sechs Monaten dringende Sanierungsmaßnahmen im Umfang von 430.000 € umzusetzen und in den nächsten fünf Jahren weitere 1.770.000 € zu investieren. Zum Vergleich liegt der Handlungsbedarf in Eußenheim innerhalb der nächsten sechs Monate bei 900.000 € und innerhalb der nächsten fünf Jahre bei 2.600.000 €.

Gemeinderat Daniel Lambrecht fragte nach, in was für einem Zustand die übrigen Prozentanteile sind. Erster Bürgermeister Achim Höfling erläuterte, dass diese weder in einem besonders guten noch in einem schlechten Zustand sind.

Erster Bürgermeister Achim Höfling schlug folgende nächste Schritte vor:

1. Mit Wasserwirtschaftsamt, Landratsamt und Ingenieurbüro das weitere Vorgehen absprechen.
2. Die bereits geplante Maßnahme im Brunnwiesenweg und der Schustergasse angehen. Dort soll eine Ableitung für Quell-/Regenwasser gebaut werden, gleichzeitig könnte der Schmutzwasserkanal ersetzt werden. Damit würden zwei der kritischsten Straßen neue Kanäle bekommen, gleichzeitig würde sehr viel Fremdwasser in der Kläranlage vermieden werden.
3. Parallel dazu ein Kanal-Sanierungskonzept für Eußenheim und Obersfeld erstellen.
4. Dieses Konzept umsetzen.

Bürgermeister Achim Höfling informierte auch über eine mögliche Förderung nach der Richtlinie RZWas 2025. Für Kanalsanierungen gibt es lediglich eine Härtefallförderung, die dann greift, wenn eine Kommune seit 1998 mindestens 2.580 € pro Einwohner in die Sanierung von Kanalleitungen investiert hat. Das wären in der Gemeinde Eußenheim ca. 8,8 Millionen €. Diese Summe ist bei uns noch nicht erreicht. Sanierungskonzepte werden mit 70 % gefördert.

Gemeinderat Daniel Lambrecht fragte nach, ob bei der Kamerabefahrung festgestellt wurde, wieviel Wasser von wo kommt, damit bestimmt werden kann, welche Stelle am dringendsten bearbeitet werden muss. Erster Bürgermeister Achim Höfling erklärte, dass das nicht systematisch festgestellt werden konnte, da die angetroffenen Wassermengen sich – abhängig von Jahreszeit und Regen – täglich unterscheiden. Nur besonders betroffene Stellen fielen auf.

Gemeinderat Florian Hoßmann fragte nach, wieviel Geld seit 1998 in die Sanierung von Kanalleitungen investiert wurde. Erster Bürgermeister Achim Höfling wird bei Kämmerin Petra Möhres nachfragen und den Gemeinderat anschließend informieren. Gemeinderat Klaus Weidner wies auf die Gefahr hin, dass durch das Ableiten von Quell- und Grundwasser Schäden an Gebäuden entstehen könnten. Gemeinderat Peter Heun findet den Vorschlag des Wasserwirtschaftsamts mit einzubeziehen sehr gut. Gemeinderat Thomas Obert erkundigte sich nach dem Gesamtbericht der Kameraauswertung mitsamt Lageplänen. Erster Bürgermeister Achim Höfling wird den Gemeinderäten den Gesamtbericht zukommen lassen.

In diesem Zusammenhang korrigierte Erster Bürgermeister Achim Höfling eine Aussage, die er in der Vergangenheit gemacht hatte. Tatsächlich gab es schon vor dem Jahr 2024 Kanalinspektionen im Gemeindegebiet, und zwar in den Ortschaften Aschfeld (2017), Hundsbach (2010), Münster (2010), Bühler (2009) und Obersfeld (2007). Gemeinderat Thomas Obert merkte an, dass ausgehend von diesen Inspektionen auch Maßnahmen ergriffen wurden. Gemeinderat Florian Hoßmann stellte fest, dass die Gemeinde verpflichtet ist, allen Schäden nachzugehen und sie zu beheben.

Gemeinderat Michael Sauer fragte nach, wie die Gemeinde das finanziell stemmen soll. Erster Bürgermeister Achim Höfling erklärte, dass die Gemeinde die Kosten laut Kommunalabgabengesetz auf die Bürger umlegen muss. Dies könne entweder durch Sanierungsbeiträge (wie 2009 bei der Sanierung der Kläranlage) oder durch Kredite geschehen. Bei Krediten würden Zins und Tilgung über die Abwassergebühr umgelegt werden. Diese Variante hält erster Bürgermeister Achim Höfling für fairer, da hier die Kosten über einen längeren Zeitraum auf die Nutzer verteilt werden, und nicht diejenigen, die jetzt gerade hier wohnen, alles auf einmal zahlen müssen. Gemeinderat Thomas Obert findet ebenso, dass die zweite Variante die Last auf die Bürger entzerrt.

Gemeinderat Ludwig Keller betonte, dass die zuständigen Behörden zeitnah miteinbezogen werden sollten und die Bürger auch rechtzeitig informiert werden müssen, damit die Gemeinde transparent ist. Erster Bürgermeister Achim Höfling sicherte dies zu, da das Thema ohnehin im Gemeinderat entschieden werden muss und die Bürger über mehrere Wege rechtzeitig informiert werden.

5 Information, Beratung und Beschluss über die Anschlagtafeln und Schaukästen im Gemeindegebiet sowie die Anschaffung eines digitalen Infoterminals

In den letzten Jahren und Jahrzehnten hat sich die Nutzung der gemeindlichen Anschlagtafeln und Schaukästen erheblich verändert. Zudem sind manche der Schaukästen durch Wind und Wetter in keinem guten Zustand mehr. Daher war es Zeit für eine Überprüfung. Ein kleines Team im Rathaus hat sich die Tafeln und Schaukästen angeschaut und ein Gesamtkonzept für die zukünftige Nutzung erstellt.

Zudem ergibt sich über das Projekt „Smarte ILE“, an die Gemeinde im Rahmen der Region Main-Werntal teilnimmt, die Möglichkeit ein digitales Infoterminal anzuschaffen. So ein Terminal kostet 19.414 €, wobei die Förderung 50 % dieser Summe beträgt.

Für das Gesamtkonzept wurden die Anschlagtafeln und Schaukästen in vier Kategorien eingeteilt:

- Kategorie 4 sind Anschlagtafeln, also leicht überdachte Holzbretter, die für jeden zugänglich sind. In jeder Ortschaft sollte so eine Anschlagtafel stehen.
- Kategorie 3 sind Vereinsschaukästen mit Glasfenstern, für die die Ortsvereine einen Schlüssel haben. Die vorhandenen Vereinsschaukästen sollten alle erhalten bleiben.
- Kategorie 2 sind Gemeindeschaukästen, in die die Gemeinde ihre Aushänge veröffentlicht. Diese sollen zukünftig nur für interessante Mitteilungen der Gemeinde verwendet werden (zum Beispiel Satzungsänderungen, Feuerverbote, Schießübungen, Blutspende oder Sitzungseinladungen). Davon soll zukünftig in jeder Ortschaft mit Ausnahme von Schönarts einer stehen, mehrere sind aber nicht nötig.
- Kategorie 1 ist der offizielle Bekanntmachungsschaukasten der Gemeinde. Dieser muss über die Satzung definiert werden. Er enthält alle Mitteilungen der Gemeinde, also auch mehrseitige formaljuristische Bekanntmachungen (z.B. zum Flurbereinigungsverfahren in Rohrbach, Aufruf zur Abgabe von Wahlvorschlägen, Tennet-Infos...). Dieser offizielle Bekanntmachungsschaukasten soll nur in Eußenheim am Rathaus bestehen.

Obersfeld:

In Obersfeld sind die zwei Anschlagtafeln in den Bushaltestellen in akzeptablem Zustand. Es gibt Vereins- und Gemeindeschaukästen an der Milchsammelstelle, ein Schaukasten mit Straßenplänen und ein Schaukastengestell in der Siedlung. Erster Bürgermeister Achim Höfling schlägt vor, die Schaukästen mit den Ortsplänen und das Gestell in der Siedlung abzumontieren und die Schaukästen der Milchsammelstelle zu erhalten.

Gemeinderat Daniel Lambrecht monierte die OSB Platte am Schaukasten bei der Milchsammelstelle. Sie sei zu hart und sollte durch weiches Holz ersetzt werden. Dem stimmte Gemeinderat Thomas Reitz zu.

Hundsbach:

In Hundsbach musste das kleine Dach an der Anschlagtafel festgeschraubt werden, ansonsten ist die Tafel in akzeptablem Zustand. An den Vereins- und Gemeindeschaukästen schlägt erster Bürgermeister Achim Höfling vor, die Straßenpläne zu entfernen, abgesehen davon ist der Zustand der Schaukästen in Ordnung.

Wenn die Straßenpläne entfallen, könne man diesen Teil des Schaukastens entfernen oder die Fenster ausbauen und ihn zur Anschlagtafel machen. Dafür könnte dann die Anschlagtafel im Kirchweg entfallen. Dritte Bürgermeisterin Susanne Keller sprach sich für den Erhalt der Anschlagtafel Kirchweg aus, da dort die meisten Bürger vorbeilaufen. Sie schlug aber vor, die Platte zu erneuern.

Gemeinderat Nico Harde fragte nach, ob die Schaukastenfläche bisher in Hundsbach ausgereicht hat. Dritte Bürgermeisterin Susanne Keller bestätigte dies und informierte, dass in der Dattensoller Straße auch noch ein Schaukasten für Aushänge des SKV steht. Gemeinderat Florian Hoßmann schlug vor, in allen Schaukästen einen QR-Code anzubringen, mit dem man die Wanderkarten in digitaler Form aufrufen kann.

Gemeinderat Thomas Obert hält es für keine gute Idee, die Straßenpläne zu entfernen, da viele Wanderer und Radfahrer auf die Pläne schauen. Man solle die Karten stattdessen sanieren.

Bühler:

In Bühler müsste bei der Anschlagtafel eine neue Platte mit weicherem Holz montiert werden. Im Gemeindeschaukasten schlägt erster Bürgermeister Achim Höfling vor, die Straßenpläne zu entfernen und diesen Teil abzumontieren. Außerdem solle der Schaukasten vor das Pfarrhaus versetzt werden.

Der Gemeinderat diskutierte auch die Frage, ob der Standort vor dem Feuerwehrhaus für die Anschlagtafel sinnvoll ist. Eine Alternative wäre die Bucht bei der Bushaltestelle in der Ortsmitte. Ortssprecher Michael Sauer findet den dortigen Standort nicht gut, da man die Tafel im Vorbeifahren dort nicht sehen würde. Gemeinderat Daniel Lambrecht findet den Standort vor dem Feuerwehrhaus strategisch gut, ein Nachteil sei aber, dass die Tafel immer dem Wetter ausgesetzt ist. Ortssprecher

Georg Niklaus ist ebenfalls der Meinung, dass der aktuelle Platz sinnvoller ist, als der bei der Bushaltestelle.

Münster:

Für Münster schlägt Achim Höfling vor, die Anschlagtafeln in der Bushaltestelle zu erneuern, in den Gemeinde-Schaukästen die Straßenpläne zu entfernen, und diesen Teil des Schaukastens zur Anschlagtafel zu machen.

Aschfeld:

In Aschfeld ist der Zustand der Anschlagtafel in Ordnung, jedoch ist der Gemeindeschaukasten stark beschädigt. Wenn der Schaukasten in Schönarts abgebaut wird, könnte man ihn in Aschfeld aufstellen. Gemeinderat Michael Sauer merkte an, dass das Fenster, das in Münster nach dem Entfernen der Straßenpläne übrig wäre, vielleicht auch in den Schaukasten in Aschfeld passen würde.

Schönarts:

In Schönarts ist die Anschlagtafel in einem guten Zustand. Der Gemeindeschaukasten wird jedoch praktisch nicht genutzt. Er könne abgebaut und an Stelle des kaputten Schaukastens in Aschfeld aufgebaut werden.

Eußenheim:

Das Brett der Anschlagtafel in Eußenheim muss erneuert werden. Der Vereins- und Gemeindeschaukasten vor dem Pfarrhaus ist in einem guten Zustand. Bürgermeister Achim Höfling schlägt vor die zwei anderen Gemeindeschaukästen im Gebrüder-Walther-Weg und in der Bahnhofstraße abzumontieren. Ebenso den Schaukasten mit den Straßenplänen vor dem ehemaligen Gasthaus Linde. Den Gemeindeschaukasten vor dem Rathaus könnte durch ein digitales Infoterminal ersetzt werden. Ausgiebig diskutiert wurde an dieser Stelle über die Notwendigkeit von ausgehängten Straßenplänen. Eine Mehrheit des Gremiums plädiert für deren Erhaltung, solange die Schaukästen, in den sie hängen, noch in Ordnung sind.

Digitales Infoterminal:

Bürgermeister Achim Höfling informierte über das angebotene Touchscreen-Terminal und zeigte Bilder. Gemeinderat Thomas Obert findet, dass das digitale Infoterminal gut aussieht und fragte nach, wie langlebig so etwas ist, vor allem im Hinblick auf die Infoterminals bei Bus und Bahn, die mittlerweile nicht mehr reparaturfähig sind. Dritte Bürgermeisterin Susanne Keller informierte das Gremium, dass das Infoterminal vom selben Hersteller kommt wie die Heimat-Info-App, daher denkt sie, dass das Gerät zukunftsorientiert und langlebig ist.

Gemeinderat Thomas Reitz erkundigt sich nach den Betreuungskosten für so ein Gerät. Dritte Bürgermeisterin Susanne Keller erklärte, dass im Kaufpreis zwei Jahre Betreuung inklusive sind. Gemeinderat Nico Harde fragte nach, wie es dann nach den zwei Jahren weiterlaufen würde und zweifelte, ob das Gerät sehr oft genutzt werden würde. Erster Bürgermeister Achim Höfling sagte, dass das Gerät danach ohne Betreuung, nur mit Strom und Internet betrieben wird. Zweiter Bürgermeister Markus Bähr äußerte sich skeptisch: Das Terminal würde einen Zeitaufwand für die Gemeindemitarbeiter darstellen, da sich jemand um das Hochladen und Aktualisieren der Dokumente kümmern müsse. Gemeinderat Ludwig Keller vermutete, dass es keinen großen Unterschied beim Aufwand mache, ob die Dokumente per Hand in den Schaukasten gehängt werden oder digital eingestellt werden. Erster Bürgermeister Achim Höfling stimmte dem zu. Er wies auch darauf hin, dass die Zahl und der Umfang der verpflichtenden Aushänge immer größer wird und fraglich ist, ob die Größe des vorhandenen Schaukastens zukünftig noch ausreicht. Beim digitalen Infoterminal wäre die Zahl und der Umfang der Dokumente, die gleichzeitig „ausgehängt“ werden können, nicht begrenzt.

Gemeinderat Ludwig Keller fragte nach, ob die vier anderen Kommunen, die über die Region Main-Werntal am Projekt „Smarte ILE“ teilnehmen sich schon entschieden hätten. Dritte Bürgermeisterin und ILE-Managerin Susanne Keller informierte, dass diese es noch nicht beschlossen hätten.

Zweiter Bürgermeister Markus Bähr fragte nach, ob ein solches Gerät für verpflichtende Aushänge rechtskonform ist. Erster Bürgermeister Achim Höfling bejahte dies. Gemeinderat Peter Heun schlug den Dorfplatz in Eußenheim als Alternative vor, da dort viel Durchfahrtsverkehr sei. Ortssprecher Michael Sauer und Gemeinderätin Sabine Adelman finden den Standort am Rathaus auch nicht optimal. Erster Bürgermeister Achim Höfling erklärte, dass der Schaukasten vor dem Rathaus oft sehr gut besucht ist und dass das Infoterminal einen Internetanschluss braucht, was am Dorfplatz nicht gegeben wäre.

Gemeinderat Thomas Reitz hält das Infoterminal auch für eindrucksvoll, jedoch sprechen die Kosten eher dagegen. Gemeinderat Ludwig Keller findet die Kosten angemessen und den Standort vor dem Rathaus auch optimal.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt für die Anschaffung eines digitalen Infoterminals für 19.414 € netto. (Hinweis: 50 % der Bruttokosten werden über das Projekt Smarte ILE gefördert.)

Einstimmig beschlossen

Ja 16 Nein 0

6 Informationen aus der Verwaltung

Ausweisung neue Wind-Vorranggebiete:

Nachdem der regionale Planungsverband Würzburg vor gut einem Jahr die Entwürfe für neue Wind-Vorranggebiete der Öffentlichkeit vorstellte, konnten bis zum 30.04.2026 Einwände geltend gemacht werden. Nach Auswertung und Berücksichtigung der Einwände wurden nun sieben kleinere der ursprünglich geplanten Vorranggebiete komplett gestrichen. 18 Vorranggebiete wurden verkleinert, unter anderem beide Vorranggebiete im Gemeindegebiet. Am 17.12.2025 wurden die Vorranggebiete vom Planungsausschuss beschlossen.

Das Vorranggebiet südlich von Hundsbach wurde aufgrund eines Einwands der Stadt Arnstein wegen des Abstands zu Dattensoll verkleinert. Dattensoll zählt baurechtlich als Außenbereich, weshalb mindestens 600 m Abstand zu Wohngebäuden einzuhalten sind, dieser Abstand wurde nun auf 1000 m erweitert. Im nun entfallenen Bereich sollte das vom Gemeinderat beschlossene WEA 8 errichtet werden. Die Fa. GP Joule prüft aktuell ob es verschoben werden kann oder entfallen muss.

Kommunalbeteiligung nach § 6 EEG

Die Eigentümer von acht der elf Windräder bei Aschfeld für das Jahr 2025 erstmals gut 13.000 € als Kommunalbeteiligung überwiesen. Die Eigentümer der anderen drei Windräder haben grundsätzlich ebenfalls ihre Bereitschaft zur Zahlung bekundet, bestehen aber darauf, dass das für sie keinen zusätzlichen Aufwand bedeutet.

Gemeinderat Daniel Lambrecht zweifelte an der Aussage von GP Joule, dass die neuen Windräder 12 Millionen kWh Strom pro Jahr produzieren würden. Erster Bürgermeister Achim Höfling erläuterte, dass moderne Windräder deutlich mehr Strom produzieren würden als 20 Jahre alte, da sie effizienter seien.

CO₂-Zertifikate:

Das TÜV-Audit war erfolgreich, es wurde die zusätzliche CO₂-Speicherung im Gemeindewald ab 01.01.2025 zertifiziert. Entgegen der in Aussicht gestellten rund 3.100 Zertifikate wurden sogar 8.558 Zertifikate ausgestellt. Gründe dafür sind, dass der Holzzuwachs laut Stichprobeninventur größer ist als angenommen (12.000 fm statt 10.000 fm), dass ein geringerer Sicherheitspuffer nötig ist und dass zwischen Januar und November 2025 weniger Holz eingeschlagen wurde (4.800 fm) als angenommen. Dadurch sind die jährlichen Einnahmen durch den Zertifikateverkauf eventuell mehr als doppelt so hoch als bisher angenommen.

Wasserschaden in der Grundschule:

Am 02.01.2026 wurde ein Wasserschaden in der Grundschule entdeckt. Ursache für den Schaden war ein undichtes Ventil im Lüftungsgerät im Werkraum, durch das mehrere Tage lang so viel Wasser tropfte, dass es zu Schäden im Werkraum und im darunterliegenden Lehrerzimmer kam. Am 29.12.2025 war im Werkraum noch alles in Ordnung. Am 2. Januar wurde mit Hilfe von Bauhof, Putzfrauen und Lehrkräften der Wasseraustritt gestoppt, das stehende Wasser aufgewischt, Trocknungsgeräte aufgestellt und Schränke abgebaut.

Der Schaden beschränkt sich auf den Parkettboden im Werkraum und im Lehrerzimmer, die Gipsdecke im Lehrerzimmer und einen Schrank. Ein Versicherungsgutachter wird sich den Schaden anschauen. Danach wird die Reparatur organisiert.

Wasserbezug vom Zweckverband Hundsbacher Gruppe:

Durch konsequenteres Aufspüren von Lecks durch den Bauhof hat sich der Wasserbezug der Gemeinde vom Zweckverband Hundsbacher Gruppe in den letzten Jahren deutlich verringert:

2023: 186.000 m³

2024: 157.000 m³

2025: 141.000 m³

Verkehrsregelung am Dorfplatz in Eußenheim:

Im Anschluss die Beratungen in der letzten Gemeinderatssitzung hat erster Bürgermeister Achim Höfling die verschiedenen Optionen einer neuen Verkehrsregelung an der Eußenheimer Ortsmitte mit dem Landratsamt besprochen.

Voraussetzungen für einen Tempo-30-Abschnitt sind eine besondere Gefahrenlage an dieser Stelle, Lärmschutzgründe oder sensible Einrichtungen (z.B. Kindergarten/Schule) mit Ausgang zur Straße. Diese sind am Dorfplatz nicht erfüllt.

Voraussetzungen für einen Zebrastreifen sind mindestens 200 Fahrzeuge und 50 Fußgänger in der verkehrsintensivsten Stunde. Außerdem muss er aus 100 m Abstand gesehen werden können und von oben beleuchtet sein. Das staatliche Bauamt ist der Meinung, dass ein Zebrastreifen für Kinder weniger sicher ist als eine Ampel, da man in beide Richtungen mit ankommenden Fahrzeugen Blickkontakt aufnehmen muss.

Für eine Ampel ist eine Verkehrshäufigkeit wie beim Zebrastreifen nötig. Das staatliche Bauamt habe seine Zustimmung für eine Ampel an dieser Stelle signalisiert.

Gemeinderat Thomas Reitz ist der Meinung eine Ampel sei besser, als gar keine Verkehrseinschränkung, aber wenn die Ampel vor dem Anwesen Hauptstraße 17 steht, würde sie wahrscheinlich weniger genutzt werden als gewünscht. Daher würde er sich wünschen, dass der Standort nochmal überdacht wird. Erster Bürgermeister Achim Höfling erklärte, dass eine Ampel nicht an einer Einfahrt oder an einer Bushaltestelle sein darf, daher war die vorübergehende Ampel letztes Jahr an dem Standort vor der Hauptstraße 17. Zudem wurde laut Verkehrspolizei die vorübergehende Ampel damals gut angenommen. Das sei jedoch auch wegen den Schülerlotsen so gelaufen, meint erster Bürgermeister Achim Höfling. Gemeinderat Nico Harde fragte nach, ob nicht sowohl ein Zebrastreifen als auch eine Ampel beantragt werden kann. Gemeinderat Thomas Obert schloss sich dem an.

Erster Bürgermeister Achim Höfling erfragte ein Meinungsbild, wer vorrangig für eine Ampel und wer für einen Zebrastreifen wäre. Die Mehrheit stimmte für eine Ampel. Nachdem diese die Verkehrsbeschränkung mit weniger Voraussetzungen ist, wird sie auch leichter genehmigt als ein Zebrastreifen. Trotzdem beharrt Gemeinderat Thomas Obert darauf, beide Verkehrsbeschränkungen zu beantragen. Gemeinderat Daniel Lambrecht äußerte sich skeptisch zum Zebrastreifen, dieser würde den Verkehr zu lange aufhalten.

Gemeinderat Thomas Reitz fragte nach, ob die Kosten für die Ampel dann von der Gemeinde getragen werden müssten. Erster Bürgermeister Achim Höfling wird sich erkundigen.

7 Verschiedenes

Gemeinderat Florian Hoßmann äußerte Bedenken, ob man bei der Windkraft noch mit den hohen Einnahmen rechnen könne, die sich die Gemeinde vorgestellt hat, da die letzten EEG-Stromversteigerungen niedrigere Ergebnisse als früher brachten, was die Gewinne der Windparkbetreiber reduziert. Er äußerte die Bitte, dass die Gemeinde vorsichtig mit Wünschen und Ausgaben umgehen soll. Erster Bürgermeister Achim Höfling erklärte, dass er größere Sorgen wegen den Sonderkündigungsrechten der Firma GP Joule hat. Falls die geplanten Windräder für sie unwirtschaftlich werden, würden sie diese nicht bauen.

Ortssprecher Michael Sauer monierte die Arbeit eines externen Unternehmers an bestimmten Wegen in Münster, sie seien nun Matschwege und das Fräsen wäre eine Geldverschwendung gewesen. Gemeinderat Markus Bähr antwortete, dass die Firma nur den Auftrag hatte das Bankett zu fräsen und man schließlich auf der Straße und nicht auf dem Bankett fährt. Gemeinderat Thomas Reitz findet, dass das Fräsen ein erster und wichtiger Schritt in die richtige Richtung bei den gemeindlichen Wegen war. Grasnarben in der Mitte von Wegen müssten entfernt werden und die Gemeinde habe beim Abtragen von Banketten viele Jahre zu wenig unternommen. Gemeinderat Klaus Weidner wies darauf hin, dass die Thematik schon in einer früheren Sitzung besprochen wurde.

Mit Dank für die gute Mitarbeit schloss Erster Bürgermeister Achim Höfling um 21:40 Uhr den öffentlichen Sitzungsteil der 1. Sitzung des Gemeinderates.

Anschließend fand ein nichtöffentlicher Sitzungsteil statt.

Achim Höfling
Erster Bürgermeister

Thalia Dangel
Schriftführung